

Info-Kommunal

PRESSEDIENST DES STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES SACHSEN-ANHALT

Datum: 06.05.2025

Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt

69. Kreisvorstandskonferenz des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt: Zukunftsthemen im Fokus

Am 5. Mai 2025 fand im Festsaal des Rathauses der Hansestadt Stendal die 69. Kreisvorstandskonferenz des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt (SGSA) statt. Im Mittelpunkt standen die Herausforderungen und Chancen der kommunalen Energieversorgung, die Zukunft der Kriegsgräberfürsorge sowie personelle Veränderungen im Präsidium.

Eröffnet wurde die Kreisvorstandskonferenz durch Präsident Andreas Dittmann, der vor Einstieg in die Tagesthemen die Anwesenden um eine Gedenkminute für den kürzlich verstorbenen langjährigen Bürgermeister der Stadt Genthin, Herrn Wolfgang Bernicke, bat. Wolfgang Bernicke war von 1979 bis 2013, mit einer 4-jährigen Unterbrechung zwischen 1990 und 1994, Bürgermeister von Genthin.

Im Kontext des Schwerpunktthemas „Energiewirtschaft im Transformationsprozess“ äußerte Herr Dittmann gegenüber den Vertretern des Landes die klaren Erwartungen der Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden an das Akzeptanzgesetz und dessen Inkraftsetzung. Besonders beim Ausbau der Windenergie ist die Akzeptanz vor Ort entscheidend. Dafür braucht es klare gesetzliche Regelungen zur finanziellen Beteiligung der Gemeinden sowie transparente Verfahren. Ohne gesetzlich verankerte Mitsprache und Rückflüsse an die Kommunen drohen gesellschaftliche Konflikte und eine Verlangsamung der Energiewende.

Ferner hielt der Bürgermeister der gastgebenden Hansestadt Stendal, Herr Bastian Sieler, Grußworte und beleuchtete die Herausforderungen, vor denen seine Stadt sowie alle anderen Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden in Sachsen-Anhalt stehen.

Personelle Veränderungen im Präsidium

Dr. Alexander Vogt, seit dem 01.04.2025 Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale), wurde als ordentliches Mitglied in das Präsidium des SGSA einstimmig gewählt.

Ehrungen für kommunales Engagement

Für ihre langjährigen Verdienste wurden folgende Bürgermeister ausgezeichnet:

- Goldene Ehrennadel:
 - Reinhard Luckner, Stadt Egel, Verbandsgemeinde Egelner Mulde
- Silberne Ehrennadel:
 - Detlef Neumann, Hansestadt Seehausen (Altmark)
 - Peter Rietsch, Gemeinde Giersleben, Verbandsgemeinde Saale-Wipper
 - Egbert Fitsch, Gemeinde Angern

Energieversorgung der Zukunft: Kommunale Herausforderungen und Chancen

Marko Mühlstein, Geschäftsführer der Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt (LENA), betonte in seinem Impulsreferat die Bedeutung der kommunalen Wärmeplanung und Energieeffizienz. Er wies darauf hin, dass die Nachfrage nach Energieberatungen in Sachsen-Anhalt stark gestiegen ist, insbesondere bei Kommunen, Unternehmen und privaten Verbrauchern. Hierbei ging er im Besonderen auf das Kom.EMS als onlinebasiertes Kommunales Energiemanagement-System ein, das den Aufbau und die Verstärkung von Energiemanagement-Systemen in kommunalen Verwaltungen unterstützt. Es ermöglicht die Bewertung, Optimierung und Zertifizierung des Energiemanagements und fördert so Energieeinsparungen und Vorbildfunktion.

Die LENA unterstützt Kommunen unter anderem bei der Fördermittelbeantragung und bietet Fortbildungen im kommunalen Energiemanagement an. Hierzu hat sie u. a. gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Kommunen, Unternehmen und aus der Bürgerschaft das „Landesnetzwerk Bürgerenergie Sachsen-Anhalt“ gegründet. Bürgerenergie bedeutet bürgerschaftliche Mitwirkung und Teilhabe an der Energiewende stärken.

Herausforderungen für unternehmerisch tätige Kommunen im energiepolitischen Transformationsprozess

Anne Rethmann, seit Januar 2024 Finanzvorständin der Thüga AG, und Christoph Kahlen, Prokurist und Key-Account-Manager bei Thüga, erläuterten die finanziellen Herausforderungen für kommunale Unternehmen im Zuge der Energiewende. Rethmann betonte die Notwendigkeit, die Ertragskraft und Fremdfinanzierungsfähigkeit der Stadtwerke zu sichern, um Investitionen in die Dekarbonisierung des Wärmesektors zu ermöglichen.

Die Zukunft der Kriegsgräberfürsorge

Jan Scherschmidt, Geschäftsführer des Landesverbands Sachsen-Anhalt des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., sprach über die Bedeutung der Kriegsgräberfürsorge im Hinblick auf den 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs. Er hob hervor, dass die Pflege von Kriegsgräberstätten nicht nur dem Gedenken dient, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Bildungsarbeit leistet.

Bericht der Landesgeschäftsstelle

Bernward Küper, Landesgeschäftsführer des SGSA, informierte über die aktuellen Arbeitsschwerpunkte der Landesgeschäftsstelle seit der vergangenen Kreisvorstandskonferenz im Oktober 2024. Er ging auf personelle Veränderungen in der Geschäftsstelle ein sowie laufende Vorgänge und zukünftige Vorhaben, die die Kommunen in Sachsen-Anhalt betreffen.

Wärmeplanung: Insbesondere lobte er die gute Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (MWU) im Zusammenhang mit der Erstellung des Ausführungsgesetzes zur Umsetzung der Teile 1 und 2 des Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze im Land Sachsen-Anhalt (AG WPG LSA).

Informationssicherheit: Die Bedrohungslage im Cyberraum ist nach wie vor sehr angespannt. Vor dem Hintergrund wurde im Sommer 2024 ein Pilotprojekt mit einer Verbandsgemeinde, einer größeren kreisangehörigen Stadt und einem Landkreis aufgesetzt um die Praxistauglichkeit des vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik entwickelten „Weg in die Basisabsicherung“ (WIBA) zu erproben. Das MID plant nun, allen Landkreisen und Gemeinden entsprechende Workshops anzubieten.

Gesetzentwurf zur Änderung des § 99 Abs. 3 KVG LSA: Herr Küper schilderte das Spannungsverhältnis, indem sich Landkreise, Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden beim Thema Kreis- bzw. Verbandsgemeindeumlage befinden. Grundsätzlich wird zwar begrüßt, dass das Land eine gesetzliche Regelung anstrebt. Er machte aber auch mit Nachdruck deutlich, dass der vorliegende Lösungsvorschlag nicht im Sinne der Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinde ist. Der Vorschlag wird seitens des SGSA nicht mitgetragen.

Finanzausgleich: Aus kommunaler Sicht ist es unerlässlich, dass die Ermittlung des aufgabenbezogenen Bedarfs konsequent und ohne Abweichungen erfolgt. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Mittelverteilung den tatsächlichen Anforderungen der Kommunen gerecht wird. Das beauftragte Gutachten, für das der Zuschlag an Lenk erteilt wurde, soll wichtige Erkenntnisse liefern. Dabei stellt sich die entscheidende Frage: Liegt das Hauptproblem in unzureichenden Einnahmen oder bestehen vielmehr strukturelle Herausforderungen auf der Ausgabenseite? Es steht fest, dass beide Aspekte differenziert betrachtet werden müssen. Nachhaltige Lösungen können nur dann entwickelt werden, wenn die Einnahmesituation realistisch bewertet und gleichzeitig eine kritische Analyse der Ausgabenstrukturen vorgenommen wird.

Novelle des Schulgesetzes: Die Erhöhung der Schülerzahlen pro Klasse, insbesondere im ländlichen Raum, wurde in der Schulgesetznovelle sehr kritisch gesehen. Es wird begrüßt, dass die Schülerzahlen nun doch bei den bisherigen Werten bleiben. Dies ist wichtig für die Erreichbarkeit und die Grundversorgung in ländlichen Gebieten.

Weitere Schwerpunktthemen des Berichts waren:

- Nachhaltigkeitsberichterstattung
- Finanzierung der gemeindlichen Aufgabe „Feuerwehren“, insbesondere im Hinblick auf die Mehrbelastungen im Einzugsbereich von ICE-Trassen und Autobahnen
- Ausstehende Überarbeitung der Laufbahnverordnung, insbesondere vor dem Hintergrund der Anerkennung des B2 als unmittelbare Zugangsvoraussetzung

Schlusswort

Herr Dittmann machte in seinem Schlusswort nochmal deutlich, dass die Energiewende und kommunale Wärmeplanung klare gesetzliche Rahmenbedingungen und finanzielle Beteiligung der Kommunen erfordern. Ebenso ist eine verlässliche Finanzausstattung entscheidend für die Handlungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden in Sachsen-Anhalt. Mit Blick auf das Sonderprogramm des Bundes für Infrastrukturmaßnahmen forderte er ein bürokratiearmes Förderverfahren und hohes Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung und Entscheidungskompetenz von Bund und Land.